



NEWS

Bern, 13. Mai 2026

Finanzausgleich unter Druck: Austausch zu den Ausgleichssystemen in der Schweiz

Im Anschluss an ihre jährliche Mitgliederversammlung hat die Konferenz der städtischen Finanzdirektorinnen und -direktoren (KSFD) eine Veranstaltung zum Thema Finanzausgleich durchgeführt. Ziel war es, unterschiedliche Systeme kennenzulernen und den Austausch zwischen Politik, Verwaltung und Wissenschaft zu fördern. Angesichts der finanziellen Herausforderungen in den kommenden Jahren stand insbesondere die Weiterentwicklung des nationalen Finanzausgleichs im Fokus.

Regierungsratspräsident Anton Lauber (Basel-Landschaft) erläuterte die Ausgestaltung des Ressourcen- und Lastenausgleichs sowie die damit verbundenen Verhandlungen, Kompromisse und Umsetzungsfragen. Ergänzend zeigte Roland Fischer, Ökonom und Dozent an der Hochschule Luzern, anhand von Beispielen auf, welche Faktoren strukturell bedingte Kosten beeinflussen und wie ein Ausgleich zwischen Zentren, Agglomeration und Peripherie gestaltet werden kann.

Die strukturellen Unterschiede zwischen Städten, Kantonen und Regionen wurden auch in der anschliessenden Diskussion vertieft. Fabio Käppeli, Finanzdirektor von Bellinzona, brachte dabei die spezifische Situation seiner Stadt sowie des Kantons Tessin ein. Der interdisziplinäre Austausch eröffnete verschiedene Perspektiven und schafft eine wichtige Grundlage für die Weiterentwicklung der bestehenden Systeme. Die KSFD verfolgt entsprechende politische Vorstösse auf nationaler und kantonaler Ebene aufmerksam.

Weitere Informationen: Franziska Bitzi Staub, Präsidentin der KSFD, Finanzdirektorin der Stadt Luzern, 041 208 71 07.

Hintergrundinformationen zur Konferenz der städtischen Finanzdirektorinnen und -direktoren KSFD

Die im August 2014 gegründete Konferenz ist eine Sektion des Städteverbandes. Ihre zurzeit 39 Mitglieder setzen sich für eine stabile und berechenbare Finanz- und Steuerpolitik im Sinne der Städte und städtischen Gemeinden als wirtschaftliche Triebkräfte des Landes ein. Die Konferenz will entsprechend der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Bedeutung der Städte in wichtigen finanz- und steuerpolitischen Fragen auf Bundes- und kantonaler Ebene mitreden können.